



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Ansprechpartner: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467
Fax : (0221) 221-29047
E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 02.03.2009

Auszug

aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 22.01.2009

öffentlich

- 11.2 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet
"Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008
Soziale Stadt NRW - Mülheim Programm
0270/2009**

Herr Kluth teilt mit, sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich dafür aus, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Es werde heute jedoch eine Vielzahl von Fragen und Anregungen zu dieser Beschlussvorlage geben. Die Verwaltung wird gebeten, diese zu prüfen und die Ergebnisse bis zu einer Woche vor der Ratsitzung den Fraktionen vorzulegen.

Herr Ensmann fragt, wie sich die vier bisher in Mülheim durchgeführten Projekte bewährt haben und warum die Projekte in Finkenbergring und Bocklemünd beendet werden. Er bemängelt, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände nicht in ausreichendem Maße bei der Erarbeitung der Beschlussvorlage eingebunden war.

Weiterhin bittet Herr Ensmann um eine Stellungnahme des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt zu dem Projekt 2.1 „Stadtteilmütter“. Für die CDU-Fraktion sei unklar, welche Kriterien und Voraussetzungen es gebe, um Stadtteilmütter zu werden, und wie die Verwaltung die angestrebte Zahl von 50 Frauen erreichen wolle.

Herr Pfarrer Decker erklärt, das Mülheim-Programm sei aus Sicht der Liga eine sehr verheißungsvolle Initiative und ein gutes Instrument die sozialraumorientierte Stadtentwicklung voranzutreiben. Bei der Vorbereitung der Beschlussvorlage habe die Verwaltung zwar mit

Akteuren und Beteiligten gesprochen, jedoch sei die Einbeziehung nicht ausreichend und auf der richtigen Ebene erfolgt.

Herr Helling stellt fest, die Grundausrichtung des Projektes sei bereits festgelegt und durch die Förderzusage des Landes nicht mehr veränderbar. Herr Helling hält es für wichtig, dass für dieses Projekt nur ein Gebiet in Köln herausgenommen wurde. Es sei richtig, dass Mülheim ausgewählt worden sei. Herr Helling spricht sich dafür aus, dass sehr bald und einheitlich mit diesem Projekt begonnen werde.

Herr Helling betont, es gelte nun, die bestehenden Gestaltungsspielräume zu nutzen. Er bittet die Verwaltung, an den heute gestellten Prüfanträgen ernsthaft zu arbeiten.

Herr Dr. Schulz sieht keine Übereinstimmung der dargestellten Einzelprojekte mit dem Kölner Sozialraumprojekt. Er fragt, wie die neuen Projekte mit den vorhandenen in Einklang gebracht werden sollen oder ob dieser Ansatz nicht vieles zerstöre oder in Konkurrenz zu dem trete, was in Mülheim bereits bestehe.

Herr Dr. Schulz erklärt, diese grundsätzliche Frage sei am Ausgangspunkt nicht gestellt worden, sollte aber bei der Umsetzung der Einzelprojekte stärker verfolgt werden.

Frau Blümel ergänzt die Ausführungen von Herrn Helling und Herrn Dr. Schulz um das Kriterium der Nachhaltigkeit. Dies sei bei den bisherigen Programmen der sozialen Stadt immer sehr intensiv diskutiert worden. Ihr sei auch nicht genau klar, wie diese neuen Projekte in das Netz der vorhandenen Angebote einbezogen werden. Frau Blümel hält es für wichtig, die Instanzen zu stärken, die bisher gut gearbeitet, Kompetenzen erworben und sich vernetzt haben und von denen man ausgehen könne, dass sie dies in Zukunft auch weiter tun werden.

Frau Dr. Köhler bittet um Darstellung, wie die Fachverwaltung zu diesem Programm stehe.

Frau Kröger teilt mit, Mülheim sei bereits seit einigen Jahren im Programm „Soziale Stadt“. Eine Evaluierung habe das Land bisher nie systematisch gefordert. Der Erfolg der bisherigen Projekte in Mülheim könne nicht beziffert werden. Angesichts der erneuten Finanzierung des vorliegenden Mülheim-Programms durch das Land sei jedoch von einem Erfolg der bisherigen Maßnahmen auszugehen.

Frau Kröger weist darauf hin, die Programme in Finkenberg und Bocklemünd zu beenden, sei keine Entscheidung der Verwaltung, sondern des Landes gewesen. Sie macht deutlich, das Land habe die Verwaltung massiv gedrängt, die Förderung dieser beiden Sanierungsgebiete zu beenden. Nachfolgend gibt Frau Kröger einen kurzen Überblick über den Sachstand in den beiden Gebieten.

Frau Kröger gibt zu, die Verwaltung habe die Einbindung der Liga leider vergessen. Die Verwaltung habe zwar mit Akteuren vor Ort gesprochen, jedoch nicht mit der Liga. Frau Kröger versichert, dies werde nachgeholt werden.

Frau Kröger erklärt, die Schwerpunkte dieses Programms können nicht mehr verändert werden. Die vorgeschlagenen, einzelnen Projekte seien natürlich noch zu bearbeiten und zu konkretisieren. Danach werden die einzelnen Projekte gemäß der Zuständigkeitsordnung den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Tatsache, dass diese Projekte nicht nur vom Städtebauministerium gefördert werden, sondern es mehrere Geldgeber gebe, wie z.B. das Wirtschaftsministerium, die ARGE und das Landesjugendamt, zeige den integrativen Ansatz des Programms. Sie hoffe, dies in der Umsetzungsphase noch weiter vertiefen zu können, um die Qualität des Programms deutlich zu steigern.

Da inzwischen die Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zeitlich befristet seien, und das 1. EFRE-Programm 2013 auslaufe, wolle die Verwaltung 2009 mit dem Programm beginnen, um die gesamte Laufzeit des 1. EFRE-Programms nutzen zu können.

Frau Kröger betont, die Nachhaltigkeit eines Projektes sei sehr wichtig. Die Verwaltung beabsichtige, die Wirkung der Projekte anhand einer Evaluation aufzuzeigen.

Frau Bredehorst teilt zur Nachfrage von Frau Dr. Köhler mit, man habe die betroffenen Ämter im Vorfeld einbezogen. Allerdings sei dies auf einer unteren Ebene geschehen, so dass die Dimension des Programms eventuell nicht immer erkannt worden sei. Auch bei den beteiligten freien Trägern habe evtl. der Gesamtüberblick gefehlt. Frau Bredehorst ist jedoch zuversichtlich, dass diese Mängel nachgebessert werden können.

Frau Hollmann regt an, bei den Projektbeschreibungen auch eine zahlenmäßige Angabe darüber zu machen, wie viele potentielle Nutzer erreicht werden können.

Herr Pohl (FDP) unterstützt diese Anregung.

Frau Kröger betont, bei dem heutigen Beschluss entscheide man nicht über konkrete Summen. Die Finanzvolumen seien derzeit nur sehr grob geschätzt. Jedes Projekt werde mit einer differenzierten Kostenkalkulation dem zuständigen Gremium nochmals vorgelegt.

Herr Lierenfeld hält es für entscheidend, zu überlegen, wie zu Beginn dieses Projektes eine Nachhaltigkeit gewährleistet werden könne.

Herr Kluth bittet die Verwaltung die inhaltlichen Aspekte aus den vorangegangenen Wortmeldungen als Anregungen mitzunehmen und zu prüfen, inwiefern diese berücksichtigt werden können. Abschließend ruft Herr Kluth die einzelnen Programmschwerpunkte auf und bittet die Ausschussmitglieder, ihre Prüfaufträge und Anregungen zu nennen.

Projekt 1.6 – Kulturbrücke Mülheim – PracticPad Köln:

Herr Dr. Schulz fragt, in wie weit vorhandene kulturelle Projekte, wie z.B. der Kulturbunker, weitere Beachtung finden, wenn hier ein neues Leuchtturm-Projekt in Mülheim geschaffen werde.

Projekt 1.7 – Planet Kultur:

Herr Helling fragt, in wie weit noch weitere Träger (Jugendkulturarbeit / Beschäftigungsträger) einbezogen werden können.

Projekt 1.8 – n!faculty:

Herr Dr. Schulz teilt mit, hier stelle sich dieselbe Frage nach Einbettung oder Konkurrenz. Herr Dr. Schulz hält es für problematisch, dieses Projekt gegenüber anderen Sport- und Kulturaktivitäten zu verankern. Er ist der Meinung, dieses Programm stehe sozusagen als Computer-Spiel-Programm im Widerspruch zu den anderen Sport- und Kulturaktivitäten.

Projekt 1.10 – (Familiennetz Mülheim) – ersetzt durch das Modellprojekt der ARGE Köln zur Betreuung großer Bedarfsgemeinschaften:

Herr Ensmann fragt, wie hoch das Finanzvolumen bei der ARGE sei.

Herr Müller-Starmann erklärt, es handele sich um ein laufendes Programm und erläutert hierzu kurz die Einbindung der ARGE. Eine genaue Summe könne er nicht benennen, da das Finanzvolumen davon abhängen, wie viele Menschen erreicht werden können.

Projekt 1.11 – Mülheimer Job-Factory:

Herr Helling fragt, wie das Projekt besser in die vorhandene Infrastruktur von ARGE und freien Trägern eingebunden werden könne.

Projekt 1.12 – Frau und Beruf:

Herr Helling bittet um Prüfung, wie mit Trägern, die sich im Bereich der Beschäftigungsförderung für Frauen bewährt haben, zusammengearbeitet werden könne.

Projekt 1.14 – Neue Arbeit für Mülheim:

Herr Kluth bittet bei dem Projekt zum Ausbau der Güterhalle zu berücksichtigen, dass der Mietvertrag von SSM jederzeit kündbar sei.

Herr Helling bittet die Verwaltung darum, eine Ko-Finanzierung der ARGE einzubeziehen. Die Gesamtfinanzierung müsse vor dem Hintergrund geprüft werden, dass bisher Stellen der SSM im ersten Arbeitsmarkt angesiedelt seien.

Herr Dr. Schultz erklärt zu dem Projekt 1. 14 und auch zu 1.15, hier bestehe eine deutliche Konkurrenz zu laufenden Projekten. Er kritisiert, dass hier ein Projektträger herausgestellt werde, der gerade auf dem Gebiet des Recyclings Vernetzungen aufgekündigt habe.

Herr Kluth merkt an, es sei zu prüfen, wie dieses Projekt zu dem bestehenden Möbelverbund passe. Er spricht sich für eine Ausschreibung aus.

Projekt 1.15 – Baustoff-Recycling und Second-Hand-Baumarkt:

Herr Helling spricht sich für eine Ausschreibung aus. Die Ko-Finanzierung der ARGE müsse genau geprüft werden.

Projekt 2.1 – Stadtteilmütter:

Herr Helling bittet um Prüfung, in wie weit die Stadtteilmütter auch als langfristig Beschäftigte eingesetzt und finanziert werden können.

Herr Ensmann verweist auf seine Anmerkungen im allgemeinen Teil der Diskussion.

Projekt 2. 14 – Qualifizierungsoffensive „Sport und Bewegung“:

Herr Dr. Schulz hält es für schwierig, die Projekte 2.1 3 und 2.1 4 gegeneinander abzugrenzen. Er bittet zu prüfen, ob es ggf. sinnvoll sein könne, einen Träger oder einen Trägerverbund zu suchen, der beide Bereiche bedienen könne.

Unabhängig von den Programmpunkten erklärt Herr Helling, an der Lenkungsgruppe sollten nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Fachämter teilnehmen. Er bittet um Prüfung, ob auch die vier beteiligten Dezernentinnen und Dezernenten teilnehmen können, um ein höchst mögliches Maß an einheitlichem Zusammenwirken zu gewährleisten.

Weiterhin hält es Herr Helling für erforderlich, dass die Verwaltung die mit der Liga der Wohlfahrtsverbände begonnenen Gespräche weiter fortführt, um eine dauerhafte Beteiligung der Liga an der Planung und Umsetzung dieses Mülheim-Programms zu gewährleisten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen